

FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025



1.

WIRKSAME BETEILIGUNG UND EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

Wenn die Belange junger Menschen betroffen sind, müssen junge Menschen strukturell-institutionell und wirksam eingebunden werden. **Jugendbeteiligung auf Bundesebene muss gestärkt und gesetzlich verankert werden.** Jedem Vorhaben der Bundesregierung muss ein angemessener und zielgruppengerechter Informations- und Beteiligungsprozess¹ vorangehen. Die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss sich an den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung ausrichten.²

Als Stärkung einer guten und eigenständigen Jugendpolitik muss diese wirkungsvoll und ressortübergreifend in allen Politikfeldern und Ressorts verankert sein. Junge Menschen müssen bei allen Themen und den Auswirkungen von Vorhaben mitgedacht und beteiligt werden. Jugendpolitik ist an den Bedarfen und Interessen junger Menschen auszurichten. Sie setzt auf selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen junger Menschen. Sie wahrt auch und vor allem in Krisenzeiten die Interessen junger Menschen. Dies betrifft beispielsweise das Feld der mentalen Gesundheit junger Menschen.³

Das Wahlalter für den Deutschen Bundestag muss wie zum europäischen Parlament auf 16 Jahre gesenkt werden. Dieses grundrechtsgleiche Recht darf jungen Menschen nicht weiter vorenthalten werden. **Kinderrechte müssen mindestens nach den Standards der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz aufgenommen werden!**

¹ Ein Beispiel für gelungene Jugendbeteiligung auf Bundesebene ist die „Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen“, die der organisierten jungen Zivilgesellschaft Zugang, Dialog und Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bundesebene gibt. Zur Koordinierungsstelle: <https://www.dbjr.de/artikel/koordinierungsstelle-jugendbeteiligung-in-klimafragen>

² <https://standards.jugendbeteiligung.de/>

³ <https://www.dbjr.de/artikel/mentale-gesundheit-junger-menschen-in-krisenzeiten-staerken>

2.

BUNDESZENTRALE TRÄGER DER JUGENDVERBANDS- ARBEIT STÄRKEN

Angesichts der aktuellen Herausforderungen müssen bestehende Strukturen und Regelangebote für junge Menschen abgesichert und zukunftsfest weiterentwickelt werden, sodass sie auch als tragfähige Basis für die Umsetzung zusätzlicher Programme und Modellprojekte zur Verfügung stehen. Dafür muss der Kinder- und Jugendplan des Bundes als das zentrale Förderinstrument des Bundes gestärkt und abgesichert werden, indem er bedarfsgerecht mit Mitteln ausgestattet wird. Die Summe der bedarfsgerechten Ausstattung muss anschließend unter Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen bei den Personalkosten sowie der Preisentwicklungen jährlich angepasst/erhöht werden (Dynamisierung). **Dazu gehört auch, dass die Arbeit der Jugendverbände auf Bundesebene als Werkstätten der Demokratie nachhaltig und krisensicher finanziert wird.** Eine bedarfsgerechte Ausstattung bedeutet für die Jugendverbände eine dezidierte Aufstockung von zwei Millionen Euro im Vergleich zum Bundeshaushalt von 2024.

3.

DEMOKRATIE ACHTEN UND SCHÜTZEN

Es braucht die massive Stärkung und Investition in die demokratische Zivilgesellschaft, die tagtäglich Demokratie mit Leben füllt und gegen Rechtsextreme verteidigt. **Dies umfasst jedenfalls eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die das demokratiepolitische Engagement und die politische Betätigung zur Stärkung der Demokratie fördert.**

Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus und des völkischen Nationalismus. Rechtsextremismus und damit die Abschaffung der freiheitlichen Demokratie und der Menschenwürde in der Bundesrepublik Deutschland ist damit als Partei wählbar. Wenn die AfD verfassungswidrig ist, darf sie keine parlamentarische Macht ausüben können, um die Abschaffung der Demokratie voranzutreiben. **Diese Überprüfung der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht braucht es jetzt.**⁴

⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/afd-partieverbotsverfahren-jetzt>

4.

JUNGES ENGAGEMENT STÄRKEN

Der Bundesjugendring lehnt jede Art der Dienstpflicht für junge Menschen ab. Junge Menschen engagieren sich freiwillig und aus Überzeugung und brauchen deshalb Chancen und gute Perspektiven, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können. Statt eines Pflichtdienstes für junge Menschen müssen Freiwilligendienste erheblich ausgebaut und gestärkt werden. **Dies umfasst die Einführung eines Rechtsanspruchs⁵ auf einen Freiwilligendienst sowie eine ausreichende Finanzierung.**

Wer sich in jungen Jahren engagiert, tut dies überdurchschnittlich häufig ein Leben lang. Die Aufgabe des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken. Dies gilt insbesondere für das Engagement junger Menschen. Dazu braucht es u.a. eine stärkere Anerkennung. Die **kostenfreie Integration des Deutschlandtickets in die Jugendleiter*in-Card (Juleica)** als bundesweit einheitlichen Ausweis für ehrenamtlich Mitarbeitende in der Jugendarbeit ist ein guter Schritt, um Bürokratie abzubauen und das Ehrenamt junger Menschen wirksam zu stärken.

⁵ <https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligkeit-staerkt-demokratie-und-den-zusammenhalt-fuer-einen-rechtsanspruch-auf-freiwilligendienst-statt-eines-verpflichtenden-gesellschaftsjahres>

5.

KINDER- UND JUGENDARMUT BEKÄMPFEN

Armut bedeutet unter anderem soziale Ausgrenzung, schlechte Bildungschancen, höheres Risiko von Gesundheitsproblemen und schlechte Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe. **Eine echte Kindergrundsicherung⁶ ist ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut. Sie muss eingeführt werden.** Jugendarmut als eigenständiges Phänomen trifft die jungen Menschen in einer Phase, in der sie entscheidende Übergänge in die Eigenständigkeit bewältigen müssen und ihren eigenen Lebensweg einschlagen. Sie muss daher auch gezielt analysiert und in (Aus-)Bildung, Studium und Erwerbsleben bekämpft werden.

⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/kindergrundsicherung-als-wichtigen-baustein-einfuehren>

6.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Junge Menschen haben das Menschenrecht auf den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen. Daher fordern sie zurecht eine konsequent nachhaltige Entwicklung und massives politisches Engagement für Natur-, Umwelt-, und Klimaschutz, sowie Biodiversität. **Alle politischen Maßnahmen müssen daher an völkerrechtlichen Vereinbarungen wie dem Pariser Klimaabkommen, dem Übereinkommen für biologische Vielfalt (CBD) und den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 ausgerichtet werden.** Der notwendige ökologische Wandel muss dabei sozialpolitisch gerecht flankiert werden und seine Finanzierung nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Ein umwelt- und klimagerechter Wandel umfasst dabei den zügigen Ausbau einer nachhaltigen Mobilität, eine rasche Bau- und Wohnwende, den vollständigen Ausbau von erneuerbaren Energien und die Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer konsequenten Kreislaufwirtschaft und zu einem fairen Welthandel⁷, damit Sicherheit und Freiheitschancen junger Menschen, sowie zukünftiger Generationen, erhalten bleiben.

⁷ <https://www.dbjr.de/artikel/sozial-und-oekologisch-gerecht>

7.

GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT STÄRKEN

Es braucht eine klare Haltung gegen Hass, Antisemitismus und Rassismus, für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen leben können, egal wo sie herkommen, welchen Pass oder Aufenthaltsstatus sie haben. Es kommt darauf an, auch durch politisches Tun, Gesicht für eine solidarische und offene Gesellschaft zu zeigen, in der die Würde aller Menschen unantastbar ist.⁸ Insbesondere gilt für alle jungen Menschen und damit auch für junge Geflüchtete: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“⁹

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) muss weiter vorangebracht werden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung müssen in allen Lebensbereichen angstfrei und gleichberechtigt teilhaben können. Dafür braucht es Anerkennung und Unterstützung. Ein wesentlicher Schritt ist eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe.

Es braucht weiterhin Anstrengungen, um queere junge Menschen zu stärken und gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Aufwachsen zu ermöglichen. Dazu gehört jedenfalls die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsgesetzes aus Sicht junger Menschen. Ebenso muss die Diskriminierung von Regenbogenfamilien durch eine Reform des Abstammungsrechts endlich beendet werden, womit insbesondere auch Kindern und Jugendlichen eine rechtliche Absicherung ihrer Familienrealität ermöglicht wird.

⁸ <https://www.dbjr.de/artikel/migrationspolitik-ist-jugendpolitik>

⁹ § 1 SGB VIII

8.

EUROPA JUGENDGERECHT GESTALTEN

Junge Menschen entwickeln eine weiterführende Idee von Europa. Sie streben nach Freiheit und gehen selbstverständlich über Staatsgrenzen hinweg. Sie wollen keinen rein wirtschaftlichen Zusammenhalt in Europa, vielmehr wollen sie ein soziales und solidarisches Europa. Ein starkes und sichtbares Jugendprogramm ist für junge Menschen zentral. **Die Bildungs- und Jugendförderprogramme Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps müssen bedarfsgerecht finanziert und strukturell ausgebaut werden.** Zur Berücksichtigung ihrer Interessen braucht es eine angemessene Beteiligung an politischen Prozessen.

9.

SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN

Eine dogmatische Austeritätspolitik, die allein den ausgeglichenen jährlichen Staatshaushalt im Blick hat, ignoriert die Bedürfnisse der jungen und zukünftigen Generationen und ist nicht in ihrem Interesse. **Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft werden.**¹⁰ Durch Beibehaltung der Schuldenbremse würden Ausgaben für die grundlegendste Infrastruktur unmöglich. Dies gilt besonders für die Infrastruktur für junge Menschen. Statt Kürzungen und Austerität braucht es heute massive Investitionen für junge Menschen und kommende Generationen.

¹⁰ <https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik>

10.

ORTE DER DEMOKRATIE DURCH GEZIELTE FÖRDERUNG STÄRKEN

Es braucht dringend Investitionen in die zentralen Orte der Kinder- und Jugendarbeit wie Jugendbildungsstätten, Jugendherbergen und andere gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten. Ein gezieltes Bundesprogramm muss energetische Sanierung, Digitalisierung und Barrierefreiheit beinhalten sowie den immensen Sanierungsstau beenden, um diese Orte der Demokratie zukunftsfähig aufzustellen.¹¹

¹¹ <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-fordert-umfassendes-investitionsprogramm-fuer-jugendbildungsstaeten>

